

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Das Auer Tageblatt kostet im Jahre monatlich 4.00 Mark; bei den Postbestellern monatlich 4.50 Mark, monatlich 4.00 Mark, vierteljährlich 11.00 Mark, jährlich 40.00 Mark. Geschäftsverhältnisse.

Verlagsdruck: Auerdruck Nr. 23, Leipzig. Telegramm: Auerdruck Erzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue.

Verlagspreis: Das Auer Tageblatt kostet im Jahre monatlich 4.00 Mark; bei den Postbestellern monatlich 4.50 Mark, monatlich 4.00 Mark, vierteljährlich 11.00 Mark, jährlich 40.00 Mark. Geschäftsverhältnisse.

Nr. 295

Dienstag, den 20. Dezember 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Amlich wird gemeldet: Der tschechische Arbeitsminister Jädel wird seine Tätigkeit Ende dieses Monats einstellen. Als seinen Nachfolger wird der Ministerpräsident zum 1. Januar 1922 den Reichstagsabgeordneten Miska, Arbeitssekretär in Dresden, zum Arbeitsminister berufen.

Dr. Rathenau ist auf Veranlassung der britischen Regierung nach London gefahren. In seiner Begleitung befindet sich der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission Fischer.

Östing Standard berichtet, Deutschland habe für Januar 200 Millionen Goldmark, für Februar 200 bis 240 Millionen Goldmark offeriert.

Ueber Warschau wird aus Kattowitz gemeldet, daß die Grenzkommission Polen den Kreis Friedenthal im Bezirk Beuthen zugeteilt habe, dessen Gruben und Fabriken zu den reichsten Oberschlesiens gehören.

Vorläufig keine Kabinettsumbildung.

Koalitionsbereitschaft der Deutschen Volkspartei.

In den letzten Tagen ist die Frage, ob es jetzt wieder an der Zeit sei, die Möglichkeit einer Kabinetts-umbildung ins Auge zu fassen, in den parlamentarischen Kreisen wiederholt besprochen worden. Die Sozialdemokratie vertritt dabei den Standpunkt, daß erst nach einer Klärung des Steuerproblems an diese Aufgabe herangetreten werden könne. Die Demokraten nehmen eine durchaus zurückhaltende Stellung ein. Inwieweit offizielle Besprechungen von Fraktionen zu Fraktionen haben bisher noch nicht stattgefunden. Der Reichsfinanzminister scheint sich nur mit dem Gedanken zu tragen, zunächst einmal eine geeignete Persönlichkeit für die Leitung des Reichsfinanzministeriums, das gegenwärtig von dem Ernährungsminister Dr. Herme mit- verwaltet wird, zu finden. Dr. Rathenau, an den er zuerst gedacht hatte, ist aber, wie das D. T. wissen will, nicht gewillt, zurzeit einem solchen Rufe Folge zu leisten. Das Zentrum steht nach Erklärungen seiner Parlamentarierkorrespondenz innerpolitische Schwierigkeiten voraus, wenn man in diesem Augenblick, da die gesamte außen- und innenpolitische Lage überaus gespannt ist, nun auch noch die Frage der breiten Koalition aufrollen würde. Anderer Ansicht ist die Deutsche Volkspartei, die sich in ihrer letzten Fraktions- sitzung damit beschäftigt hat. Wenn man der täglichen Rundschau Glauben schenken darf, ist die Partei nach wie vor prinzipiell bereit, die gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders schwer lastende Mit- verantwortung an der Führung der Staatsgeschäfte mit- zuübernehmen. Allerdings würde sie daran eine Reihe von Bedingungen rein sachlicher wie auch personaler Natur knüpfen. Die Zeit, das offizielle Organ der deutschen Volkspartei, deutet gleichfalls an, daß das nicht ohne Auseinandersetzung mit Dr. Brücher vor sich gehen könne.

Der augenblickliche Zeitpunkt, wo alles noch in der Schwebe ist, ist allerdings wenig günstig, um die innere Politik mit neuen, möglicherweise unabsehbaren partei- politischen Ausprägungen zu belasten. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß von der Regierung noch keinerlei offizielle Schritte wegen einer Koalitionsverweigerung getan worden seien.

Severing über die Große Koalition.

In einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung in Homburg-Hohheide sprach am Sonntagabend der preussische Minister des Innern Severing über die politische Lage, die er, sich zunächst auf Preußen beziehend, dahin charakterisierte, daß sie durch die Verdichtung der Koalition gekennzeichnet werde. An einen Herd erfolgenden, auf Sinnes- verhaltenen Zwischenruf anknüpfend, sagte Severing, daß Sinnes auf wirtschaftlichem Gebiet eine Kraft sei, die wie nicht unterschätzen können, und die wie leidenschaftlich zu beurteilen sein muß. Sinnes sei eine Persönlichkeit mit Initiative und Beharrlichkeit, ein Mann, der genau wisse, was er wolle, und der versuche, mit allen Mitteln seinen Willen und seine Wünsche durchzusetzen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen besprach Severing eingehend die Notwendigkeit der Ver- breiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei, da man nach dem Ausfall der letzten Landtagswahlen keine andere Wahl gehabt habe, als einen Bundesgenossen auf der anderen Seite zu suchen. Die Volks- partei sei keine Sinnespartei. Hätte sie nur

Männer in ihren Reihen von der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Mannes (Sinnes), dann stände es um unsere Steuern besser. Das sei aber nicht so. In der Volkspartei ständen neben den Großindustriellen Sinnes Brüder und einigen anderen, auch tausende und aber tausende von Angestellten, Handwerkern, Land- wirten und sogar Arbeitern. Man solle sie nicht da- durch bekämpfen, daß man sie beschimpfe, sondern daß man sie zur Verantwortung mit heranziehe. Weiter for- derte Severing die Erschließung neuer Steuer- quellen, aber so, daß die Lasten nur auf tra- gfähige Schultern gelegt würden. Die preussischen Finanzen bezeichnete er vorläufig als ziemlich gesund. Schließlich unterzog der Minister noch die Repara- tionsfrage einer eingehenden Erörterung. Die Aus- führungen Severings wurden durch fortwährende In- terjektionen unterbrochen, und es wurde dem Minister so- gar unbillig gemacht, sein Schlußwort zu sprechen.

Die Schicksalsstunde Europas.

Beginn der Londoner Besprechungen.

Die Londoner Besprechungen, auf die nicht nur Deutschland, sondern die Welt mit Spannung blickt, haben gestern Montag begonnen. Ueber ihre weitreichende Bedeutung gibt sich niemand einem Zweifel hin. Es handelt sich diesmal weniger um die Ausdrückung von Mißverständnissen und Meinungs- schiebungen zwischen Frankreich und England als vielmehr um die Grundfrage, ob der Versailler Vertrag unverändert weiter bestehen oder in seinen wichtigsten Teilen einer Um- wandlung unterworfen werden soll. Diese Frage ist zwar durch die deutsche Note über die Zahlungsunfähig- keit ins Rollen gekommen, bestand aber schon lange vorher, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die unge- heuerlichen Reparationsforderungen im Interesse der Sieger selbst undurchführbar seien. Daß die englische Presse einer gründlichen Umänderung des Versailler Vertrages einmütig das Wort redet, aber nicht weniger, als die Tatsache, daß nun auch die großen französi- schen Beltungen den Augenblick für gekommen erachten, wo eine Neuregelung der Reparationen ernstlich in Er- wägung gezogen werden muß. Nur der französische Kriegsminister Barthou hält den Zeitpunkt für ge- eignet, um im Senat neuerdings mit militärischen Sanktionen zu drohen, falls die Januar- und Februarzahlungen nicht pünktlich eingehen sollten und Polnairs gibt sich Mühe, glauben zu machen, daß Frankreichs Ruin besiegelt sei, wenn auch nur die geringste Erleichterung in den Zahlungsverpflichtungen Deutschlands zugestanden würde. In England macht man dagegen lebhaft Stimmung dafür, daß Anfang näch- sten Jahres eine internationale Konferenz der europäischen Mächte unter Einschluß Deutsch- lands und Russlands einberufen werde, um eine Ver- ständigung über den wirtschaftlichen Aufbau Europas herbeizuführen. Der Umstand, daß gleichzeitig mit Briand, Doucet und ihren sachverständigen Beratern auch der frühere deutsche Weidenaufbauminister Ra- thenau wieder in London eingetroffen ist, wird all- gemein als günstiges Anzeichen für eine mögliche Ver- ständigung bewertet; natürlich weiß aber niemand, ob Rathenau infolge inoffizieller persönlicher Einladung oder lediglich aus eigenem Antrieb in London weilte. Die deutsche Reichsregierung wartet jedenfalls in Ruhe das Ergebnis der Londoner Besprechungen ab und hat auch ihre Antwort auf die bekannten drei Rückfragen der Reparationskommission solange verschoben, bis sie den Verlauf der Beratungen zwischen Lloyd George und Briand übersehen kann.

Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: Rheinisch-westfälische Abgeordnete hatten eine An- frage an die Reichsregierung über die schwierige Lage der Kohlenversorgung der Industrie gerichtet. Der Reichswirtschaftsminister hat die Anfrage in der Reichs- tagssitzung vom 18. Dezember 1921 wie folgt beantwor- tet lassen: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung sind in erster Linie durch die unzu- längliche Förderung und durch Verkehrserschwerungen herbeigeführt. Infolge der starken Steigerung des Be- schäftigungsgrades fast der gesamten Industrie und des durch die Jahreszeit bedingten Mehrverbrauches hat der Bedarf an Brennstoffen in den letzten Monaten er- heblich zugenommen, während die Förderung in den Hauptkohlenrevieren seit dem Fortfall der Ueberflutungen sich gleich gehalten ist. Die notwendige Folge ist, daß die Ansprüche der Kohlenverbraucher nicht in dem wünschenswerten Umfang befriedigt werden könn-

nen. Diese Lage wird noch verschärft durch das Fehlen ausreichender Vorräte, hervorgerufen durch den zeh- nungswürdigen Ausfall von Oberschlesien. Es ist richtig, daß die erforderlichen Brennstoffe zurzeit nicht zur Verfügung gestellt werden können, und zwar deshalb, weil die Entente in den letzten Monaten ihre Koh- lenforderungen erheblich gesteigert hat. In der Braunkohlenbrüttlage ist eine neue Un- spannung dadurch herbeigeführt worden, daß die mittel- deutschen Braunkohlenreviere mit beträchtlichen Liefe- rungen für den Ausfall einbringen mußten, der bei den Verbrauchern böhmischer Braunkohle dadurch eingetre- ten ist, daß ein großer Teil der böhmischen Händler- konzerns auf Anordnung der tschechischen Regierung mit Wirkung vom 12. November 1921 für die böhmische Kohle die Berechnung in Kronen einführt.

Die Verkehrserschwerungen sind dadurch herbeigeführt worden, daß die anhaltende Trocken- heit den Wasserverkehr und die Wasserkraft fast ganz ausgeschaltet hat. Auch setzen die Entente-Exporte besonders früh ein, so daß sich bereits im Spät- sommer ein scharfer Wagenmangel bemerkbar machte, der infolge der Hochkonjunktur und der Tarifherabsetzungen noch erheblich gesteigert wurde. Die Eisenbahn selbst geriet hierdurch hinsichtlich ihrer Kohlenversorgung in die äußerste Bedrängnis. Bei dieser Lage sah sich der Reichskohlenkommissar gezwungen, die Reichsver- kehrsverwaltung zu ermächtigen, in den gefährdeten Direktionsbezirken in der Zeit vom 7.-17. Dezember mit Zustimmung der zuständigen Kohlenwirtschaftsstellen aus den für ihre Versorgungsbezirke bestimmten Brenn- stoffen die geeigneten Lokomotivkohlen zu be- freizulassen. Ferner hat sich der Reichskohlen- kommissar damit einverstanden erklärt, daß im Aus- reißer vom 8. Dezember bis 10. Januar der Dienst- kohlenzwang durch die Eisenbahndirektion Essen angewandt wird, von dem nur ausgenommen sind die Kohlen für die Entente und für die lebensnotwendigen Betriebe.

Die Einteilung in Wirtschaftsbezirke. Sachsen und Thüringen.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: Im Reichstage war eine Anfrage an die Reichsregierung gestellt worden über die Absichten, das Deutsche Reich in 14 Wirtschaftsbezirke einzuteilen. Die Anfrage gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Provinz Sachsen und Thüringen getrennt werden, mit anderen Worten, aus ihnen zwei Wirtschaftsbezirke gebildet werden sollen. Der Reichswirtschaftsminister hat die Anfrage folgendermaßen beantwortet: Die Presse- nachricht, daß dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat der Entwurf einer Einteilung Deutschlands in Wirtschafts- bezirke vorliegt, war irrig. Ein Mitglied des Verfas- sungsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat lediglich die ihm bis dahin bekannt gewordenen Wün- sche der Wirtschaftskreise zur Frage der Abgrenzung der Wirtschaftsbezirke in eine kurze Eingangsnotiz, um einen Ausgangspunkt für die weiteren Arbeiten zu gewinnen. Um das vorliegende Material zu ergänzen, sind vom Reichswirtschaftsrat durch Vermittlung der Spitzenver- bände der Unternehmer wie der Arbeitgeber die wirtschaftlichen Organisationen der einzelnen Landes- teile nochmals um ihre Meinung befragt worden. Für Mitteldeutschland sind dabei folgende Fragen gestellt:

1. Sind Provinz Sachsen, Thüringen und Preußen Sachsen zu einem einheitlichen Bezirk zu verbinden?
2. Ist zu teilen einerseits Preußen Sachsen und Thüringen, andererseits Provinz Sachsen?
3. Ist zu teilen einerseits Thüringen und Provinz Sachsen, andererseits Preußen Sachsen?
4. Ist der Leipziger Bezirk in dem einen oder anderen Falle vom Preußen Sachsen abzutrennen und mit Thüringen zu verbinden?

Erst nach Eingang der Antworten und in Zwei- felsfällen nach mündlicher Unterhaltung mit den betei- ligten Wirtschaftskreisen wird durch den Reichswirt- schaftsrat ein Entwurf zu einer Einteilung des Reiches in Wirtschaftsbezirke aufgestellt werden. Die Reichs- regierung behält sich ihre Stellungnahme vor, bis dies Ergebnis der Umfrage des Verfassungsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu übersehen ist und die Wünsche der Wirtschaftskreise mit den Landesre- gierungen beraten werden konnten.

Kleine politische Meldungen.

Der Reichstagspräsident zum Tode a. d. Weltk. Zum Tode des Abgeordneten und Staatsministers Dietrich hat der Reichs- tagspräsident 255 an die Angehörigen des Verstorbenen folgende Telegramm gerichtet: Zum Hinscheiden des Abgeord-